

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Drei Jahre Weltkrieg.

Drei Jahre Weltkrieg liegen hinter uns. Drei Jahre voll der blutigsten Kämpfe, der bittersten Not, des herbsten Elends. Drei Jahre, in denen der Tod geerntet hat wie nie zuvor, in denen die Sorge überall offene Türen fand, in denen die Freude sich schamhaft in verstoßene Winkel flüchtete.

Drei Jahre Weltkrieg! Nur wer sie erlebt hat, kann ihre Bedeutung ermessen. Nein, auch der nicht! Noch kann es kein Mensch! Noch weiß niemand, wieviel Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern ihr Leben, ihre Glieder, ihre Gesundheit opfern mußten, wieviel Mütter und Kinder in Sorgen, Not und Elend gestürzt wurden. Noch übersteht kein Lebender, wie sehr der Krieg die Menschen verroht, die Sitten verwildert, die Grundlagen aller Kultur gefährdet hat.

Ehe der Krieg kam, gab es Menschen, die ihn herbeiwünschten. Menschen, die ihn ein Stahlbad der Völker, einen Jungbrunnen der Menschheit nannten. Es waren sehr hochgestellte, sehr einflussreiche Männer, die so dachten, redeten und schrieben. In den ersten Kriegsmontaten hörte man hier und da noch Stimmen, die ähnlich klangen. Sie sind verstummt. Heute würde man den steinigsten oder ins Irrenhaus sperren, der den Krieg zu loben sich erdrehten wollte.

Ueber den Krieg gibt es heute nur eine Meinung: er ist ein unermeßliches Uebel.

Es gibt aber Leute, die in ihm ein notwendiges Uebel sehen und ihn fortsetzen wollen, bis er ein überflüssiges Uebel geworden ist. Sie wollen den Krieg beenden und verhindern. Den Frieden wollen auch sie, aber nicht den Frieden schlechthin, nicht den Frieden, der heute oder morgen erreichbar ist, sondern den Frieden nach dem Siege, den Frieden, der Zuwachs an Land und Geld und Macht bringen soll. Sie nennen das einen Dauerprieben, und sie befürworten den Dauerkrieg als das beste Mittel, einen solchen Frieden zu erreichen.

Es ist überflüssig, hier nachzuweisen, daß solche Gedanken- sänge auch in Deutschland noch weit verbreitet sind. Aber es ist nicht überflüssig, zu versichern, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft sich davon freigemacht hat und einen Frieden erhofft und erhofft, der allen am Kriege beteiligten Völkern Lebensrecht und Entwicklungsfreiheit sichert und erhält — soweit nicht der Krieg dieses Recht beschränkt und diese Freiheit vernichtet hat.

Wir haben schon berichtet, daß die Mehrheit des Reichstages sich endlich für einen Frieden ohne erzwungene Gebietserwerbungen und ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Bergewalligungen ausgesprochen hat, und daß der neue Reichskanzler dieser Erklärung beigetreten ist. Allerdings nicht ganz ohne Vorbehalt, nicht mit der Klarheit und Unzweideutigkeit, die man wünschen, aber doch mit dem Entgegenkommen, das man von einem deutschen Kanzler erwarten kann.

Um die Erklärung ist ein lebhafter Streit entbrannt. Sie ist auslegungsfähig wie alle Schriftstücke, die auseinandergehende Meinungen kompromisslos unter einen Hut bringen, auf eine Formel vereinigen sollen. Die Friedensformel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats ist zweifellos viel klarer und unmissverständlicher. Aber der Deutsche Reichstag, ist auch keine aus der Revolution geborene Körperschaft, sondern — nun eben der Deutsche Reichstag.

Eins geht jedenfalls aus der Erklärung klar hervor: daß der Reichstag sich für einen Frieden der Verständigung ausspricht, also für einen Frieden, über den die Verhandlungen jeden Tag beginnen können, und nicht erst dann, wenn die militärischen Entscheidungen endgültig gefallen sind, wenn es Sieger und Besiegte gibt.

Es wäre sehr verlockend, einmal aufzuzeigen, wie langsam und mühsam sich in Deutschland der Gedanke durchgerungen hat, daß dieser Krieg nicht beendet werden darf durch einen Frieden, den ein Sieger diktiert, daß er beendet werden muß durch Verständigung und Vereinbarungen. Auch in der Sozialdemokratie, die ihrer ganzen Zusammensetzung, ihren Grundätzen und ihrer Geschichte nach die entschiedenste Vorkämpferin des Friedens sein muß, ist der Meinungsumschwung erst allmählich gekommen. Von der ent-rüsteten Ablehnung aller Vorschläge, an die Kreditbewilligung Bedingungen zu knüpfen, bis zu dem Beschluß, die Bewilligung abhängig zu machen von den Erklärungen der Regierung zu der Friedensforderung der Partei führt der Weg nicht auf einer immer geraden Linie. Doch es ist nicht unsere Absicht, hier den Bindungen dieses Weges zu folgen, vielmehr sei mit Genugtuung festgestellt, daß die Partei mit ihrer Friedenspolitik jetzt endlich einen Punkt erreicht hat, den sie viel früher hätte erreichen, ja von dem sie eigentlich hätte ausgehen müssen.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben ihre Stellung zum Frieden am Ende des dritten Kriegsjahres in einer Erklärung zusammengefaßt, die von einer Konferenz der Verbandsvorstände, die vom 24. bis 26. Juli tagte, beschlossen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Deutsche Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat. In der Gesamtheit der Arbeiterbevölkerung, deren Interessen die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einmütige Zustimmung, die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch als schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung ihres Zieles einzusetzen.“

Eng mit der Frage des Friedens verknüpft ist die der inneren Neuorientierung. Auch sie war in den letzten Wochen des dritten Kriegsjahres Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen und heftiger innerpolitischer Kämpfe. Die Parteien der Linken fordern, daß die verheißenen inneren Reformen nun endlich in Angriff genommen werden, die der Rechten sind arg verstimmt schon darüber, daß die Regierung Reformen angekündigt hat, mit allem Eifer aber wehren sie sich gegen die Ausführung.

Die nächsten Hauptziele der inneren Reform sind die Parlamentarisierung des Reiches und die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts. Mit der Parlamentarisierung im Reich soll dem Reichstage eine größere Machtbefugnis und mehr Einfluß eingeräumt, mit der Aenderung des preussischen Wahlrechts soll die stärkste Stütze der politischen Rückschrittler in Deutschland zerbrochen werden.

Die Regierung hat in beiden Fragen Entgegenkommen zugesagt. Das preussische Dreiklassenwahlrecht soll in ein gleiches, direktes und geheimes verwandelt, also gründlich umgestaltet werden. Allerdings liegen noch einige Zweifel am Wege, ob das Versprechen auch eingelöst wird. Dieses neue Wahlrecht soll nämlich der Preussische Landtag selbst schaffen. Man darf wirklich gespannt sein, ob der viel Neigung verspürt, sich selbst aufzuknüpfen.

Die oben erwähnte Konferenz der Verbandsvorstände hat auch zu der Frage der inneren Neuordnung Deutschlands Stellung genommen und ihre Auffassung in folgender Entschlieung niedergelegt:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände tritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugesagten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.“

Zusbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verhängenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben sowie den sozialen Aufstieg zur ungeminderten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.“

Man mag das Gewicht und die Bedeutung der verschiedenen Erklärungen, Entschlieungen und Kundgebungen aller Art hoch oder niedrig einschätzen, fest steht, daß der Drang zum Frieden immer allgemeiner und stärker wird und die Erkenntnis, daß Deutschlands innere Politik einer Neuordnung bedarf, immer weitere Kreise des Volkes ergreift und zur Stellungnahme zwingt. Daß und wie diese beiden Grundfragen der Gegenwart zusammenhängen, kann hier nicht näher dargelegt werden; es mag genügen, zu sagen, daß die innere Umgestaltung Deutschlands uns auch dem Frieden näher bringt. Gerade deshalb ist es bedauerlich, daß wir drei volle Kriegsjahre mit Verheißungen abgespeist worden sind und heute noch nicht wissen, ob das vierte die Erfüllung bringen wird.

Mit einem Blick sollen diese Betrachtungen abgeschlossen werden: Die Gewerkschaften stehen am Ende des dritten Kriegsjahres stark und gefestigt da. Der Zustrom neuer Mitglieder ist gestiegen und steigt noch; die Erfolge bei Lohnbewegungen sind durchweg erfreulich, die Klassenverhältnisse sind gut. Der Streit, der die Partei zerrüttet, ist bisher aus den Gewerkschaften ferngehalten, die Einheit und Einigkeit ist auch im Sturm der drei Kriegsjahre nicht erschüttert worden. Möge es auch fernherja so bleiben. Dann haben wir, neben der Hoffnung, daß uns das vierte Kriegsjahr bald den Frieden bringen möge, die Gewißheit, daß auch die innere Neuordnung Deutschlands in Fluß kommen mag.

Kriegsgeschäfte der Industrie.

Ein wirtschaftlicher Mobilmachungsplan war bei Ausbruch des Krieges nicht vorhanden. Dennoch konnte die deutsche Industrie den ihr aus der Kriegsführung erwachenden Aufgaben gerecht werden, so gewaltig die Anforderungen auch waren, die an sie gestellt werden mußten. Sie hat Schwierigkeiten überwunden, die als unüberwindlich galten und gelten konnten, weil erst unter dem ehernen Zwang der Verhältnisse neue Möglichkeiten erschlossen wurden. Alles das aber hatte den technischen, organisatorischen und finanziellen Hochstand zur Voraussetzung, den die meisten Unternehmungen der maßgebenden Industriezweige bei uns aufwiesen. Ohne Uebertreibung kann die Feststellung getroffen werden, daß die Industrie keines andern kriegsführenden Landes eine gleiche Höhe der Entwicklung erreicht hatte. Nur dieser gewaltige Vorsprung konnte einen Ausgleich für die ungeheuren Hemmnisse geben, die der Produktion aus der fast völligen Unterbindung der Zufuhr von den wichtigsten Rohstoffen entstanden. Andererseits ergab sich aus der Abzweigung des deutschen Exports eine Stärkung der verfügbaren Mengen von Rohstoffen ausländischer Herkunft, deren Ergänzung von außen her zum allergrößten Teil bald unterblieb. Zweifellos haben auch mannigfache Industrien des Auslandes, vor allem Englands, während des Krieges einschneidende Reorganisationen erfahren, aber dort vollzog sich dieser Prozeß unter unendlich günstigeren Bedingungen; die Engländer konnten die Umstellung ihrer Unternehmungen für die Produktion von Kriegsgeschäften und Munition sehr lange ungehindert durchführen, weil sie zunächst auf die Produktion ihrer Betriebe nicht unbedingt angewiesen waren, denn Amerika stand mit schier unermesslichen Lieferungen zur Verfügung. Durch die besondere Lage der deutschen Industrie wurde die Erziehung der Wirtschaft mit ihren technischen Wundern hervorgerufen, die ihre Bedeutung in einer kommenden Friedenszeit auf vielen Gebieten behält und dadurch einen keineswegs zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet.

War Deutschland ganz auf sich selbst gestellt, so ging das Ziel der Kriegswirtschaft ausschließlich dahin, die erforderliche Produktion heranzuschaffen, die Frage der Erzeugungskosten wurde überhaupt nicht gestellt und trat zunächst gegenüber der Lösung der Bedarfsdeckung fast völlig in den Hintergrund. Darin zeigten sich die schweren Mängel des Fehlens eines wirtschaftlichen Mobilmachungsplanes nur zu deutlich; die spätere Schaffung kriegswirtschaftlicher Organisationen hat die Folgen dieser Unterlassung nicht entfernt wettmachen können. Abgesehen von den erhöhten Schwierigkeiten der Produktionsbeschaffung, liegen dabei die Kosten unendlich, und nicht nur die staatlichen Lieferungen wurden dadurch enorm verteuert, das gesamte Wirtschaftsleben trat in das Zeichen der Preissteigerung, deren Dämpfung bei einem planmäßig vorbereiteten Vorgehen immerhin in einem beträchtlichen Umfange möglich gewesen wäre. Für die Produktion hätte ein derartiger Zustand wohlthätigere Folgen gehabt als die so vielfach zügellose Preis- und Gewinnsteigerung, deren augenblicklicher Vorteil für die beteiligten Unternehmungen nicht über Nachteile hinwegtäuschen kann, die sich erst später offenbaren werden. Auch in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die in starken Kartellen zusammengefaßten Industriezweige sich in den ersten zwei Kriegsjahren in ihren Preisforderungen wesentlich maßvoller gehalten haben als die weniger straff oder gar nicht organisierten Betriebe.

Je länger je mehr sind fast alle Geschäftszweige in den Strom kriegsindustrieller Tätigkeit hineingezogen worden, und sie erlangten dadurch eine gegenüber den Ergebnissen der Friedensjahre wesentlich gesteigerte Rentabilität. Nicht mitgenommen an der Kriegskonjunktur haben nur wenige Gewerbe, deren Ausfälle, so nachhaltig sie privatwirtschaftlich von den Beteiligten empfunden werden mögen, gegenüber den enormen Profiten der übergroßen Mehrzahl der Unternehmungen aller Art verschwinden. An sich hätte die sprunghafte Ausdehnung der Produktion zu einer wachsenden Steigerung der Gewinne, die natürlich durch die fortwährenden Preissteigerungen, selbst unter Berücksichtigung der Verteuerung der Selbstkosten, sich rapid erhöhten. Eine besondere Gewinnquelle bildeten die Vorräte an Waren, die mit überaus hohen Preisausschlägen sofort Verwendung fanden. Dabei vollzog sich ein großes Aufräumen; Warenbestände, die in normalen Zeiten nur mit Verlust loszuschlagen gewesen wären und eigentlich nur noch als Lodenhüter gelten konnten, erbrachten wahre Verkaufspreise. Für viele Zweige der Kriegsindustrie ist jedes Betriebsrisiko in Fortfall gekommen, die eigentliche kaufmännische Tätigkeit hat sich hier vereinfacht und verbilligt.

Eine vergleichende Darstellung der wirklich erzielten Kriegsgewinne kann bei der mangelnden Klarheit, die die Bilanzierungsmethoden der Aktiengesellschaften auszeichnet, auch für die Aktienbetriebe nur teilweise gegeben werden. Eine solche Untersuchung für die wichtigsten Betriebe von 19 Industriegruppen hat die „Frankfurter Zeitung“ vorgenommen; veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erweist sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Gesellschaften ein, deren Geschäftsjahr bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Reingewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 578 Millionen auf 594 und 891 Millionen gestiegen, obwohl für Vorbedingungen und Rückstellungen vor Er-

einer Versicherung nach den Tarifen der „Volkssicherung“ mit dauernder regelmässiger Prämienzahlung.

Papier-Industrie

Organisationsbestrebungen in der Tapetenindustrie.

Die Unternehmer in der Tapetenindustrie waren von jeher streitbare Geister. Schon vor dem Kriege führten sie heftige Kämpfe untereinander.

Weiter waren bisher diese Zerstückelungsmanöver der Unternehmer von Erfolg begleitet, weil die Tapetenarbeiter den Mut nicht aufbrachten, der geeignet gewesen wäre, die Unternehmer in ihre Schranken zu weisen.

Im Gegensatz zu ihren friedliebenden Arbeitern haben die Unternehmer in der Tapetenindustrie die Kriegszeit zu Preis-erhöhungen für ihre Produkte ausgenützt, und zwar derart, daß jetzt selbst das Kartellverhältnis mit der Händlerorganisation in die Brüche zu gehen droht.

Während die Händler die diktatorischen Maßnahmen des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten abzuschütteln versuchen, beharren die Tapetenarbeiter weiter in ihrem wirtschaftlichen Starrkampf.

Dieses Verhalten muß für die Tapetenarbeiter und ihre Familien die schwerwiegenden Folgen auslösen. Unterernährung und erhöhte Sterblichkeit muß unter solchen Verhältnissen unter den Tapetenarbeitern und ihren Familien Platz greifen.

Die falsche Sparpolitik trägt denn auch schon in Kürze ihre Früchte. Die niedrige Bezahlung ist für die Angestellten gewiss kein Ansporn zu erhöhten Leistungen.

Diese treffende Beurteilung der niederen Löhne trifft selbstverständlich nicht nur für die Angestellten der Tapetenindustrie zu, sie hat in noch höherem Maße Geltung für die bei der Tapetenherstellung beschäftigten Arbeiter.

mehr muß sich die Tapetenarbeiterchaft bewußt werden, daß das Wohlergehen für die Arbeiter und ihre Familien im Schoße der Gewerkschaftsorganisation liegt.

Deshalb gilt es, den der Organisation noch fernstehenden Berufskollegen die Schlafmüge von den Ohren zu ziehen, sie aufzuwecken zur Teilnahme an den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Mehr Unfallschutz für jugendliche Arbeiter in Redensfeldern!

Nachdem die Papiermacher-Berufsgenossenschaft vor kurzer Zeit auch noch die Beschäftigung von Arbeiterinnen an schnelllaufenden Maschinen gestundet hat, gehen die Unternehmer dazu über, kaum aus der Schule entlassene Kinder an den Maschinen zu beschäftigen.

In Wirklichkeit sind den Herren die Gefahren neu allzu gut bekannt, denen die jugendlichen Arbeiter durch die Beanspruchung zur Maschinenarbeit ausgesetzt werden.

Am 16. Juli wurden in der Oberbayerischen Papier- und Zellstoffabrik Redensfeldern einem 15jährigen Mädchen vier Finger der rechten Hand von der Querschneidemaschine abgeschnitten.

Besonders unter der Gründungsfirma war der Arbeitermangel manches Mal so groß, daß die Lustig von Rosenheim nach Kuffstein oder den umgekehrten Weg ziehenden Handwerkerbrigaden abgehängt werden mußten.

Im Interesse der Firma und ihrer Arbeiter dürfte die Leitung des Unternehmens endlich von diesem System Abstand nehmen.

Weitere Lohnforderungen der Werkmeister in der Papierindustrie.

Das Vorgehen der Berliner Werkmeister und technischen Angestellten in der Lohnfrage befindet sich bereits über das ganze Reich fortzupflanzen.

- 1. Erhöhung des Mindestlohns von 200 auf 250 Mk.
2. Gewährung eines Leistungszuschlags von mindestens 20 Prozent auf alle Gehälter unter 300 Mk.
3. Bezahlung der Überstunden mit 25 Prozent an Wochentagen und mit 50 Prozent an Sonn- und Feiertagen.

Die Münchner Papierarbeiter, deren Verdienste noch weit hinter den bisherigen Gehältern der Berliner zurückbleiben, können sich das Vorgehen ihrer Meister zum Muster nehmen.

Genossenschaftsbewegung.

Kapitalistische und soziale Genossenschaften.

Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Schon vor dem Kriege, aber mehr noch im Verlaufe des Weltkriegs, hat der genossenschaftliche Gedanke fortwährend an Boden gewonnen.

Konsumgenossenschaften noch viel zu schaffen machen. Es mag und wird sich in diesem Wettbewerb ausweisen, auf welcher Seite die größte Kraft und Lebensfähigkeit wohnt.

Wie jedermann weiß, kommt es bei einer Organisation nicht nur auf die äußere Form an, sondern auch auf den Geist, von dem sie befeelt ist.

Von dem dunklen Hintergrunde der Selbstsucht und des Eigeninteresses stehen die Konsumgenossenschaften erhellungsvoll ab. Sie dienen selbstverständlich auch in erster Linie dem Interesse ihrer Mitglieder, da aber jeder Konsument Mitglied werden kann, so dienen sie dadurch auch der Allgemeinheit.

Berichte aus den Zahlstellen.

Jakob Lewin. Nicht nur draußen im Felde hält der Tod reiche Ernte; auch drinnen führt er mehr als sonst in seine Scheuern.

Jacob Lewin ist am 16. Januar 1857 in Schwilwig in Oberösterreich geboren. Ueber seine Kindheit ist nichts bekannt, von seiner Jugend wissen wir nur, daß sie voller Beschwerden und Mühe war.

Garburg. Zu der am 21. Juli 1917 abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde das Ableben der am Orte Geborenen und auf den Schlachtfeldern Gefallenen in üblicher Weise gedenkt.

Nach dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben: Wo Arbeiterauschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz nicht eingesetzt waren, wurden sie im zweiten Quartal gewählt.

Lohnbewegungen u haben wie im zweiten Quartal verschiedne zu führen. Die Zeitung veranlaßte die Mitglieder, in vielen Vertrieben Forderungen zu stellen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Chemischen Werke Schön u. Co. fordern eine Lohnerhöhung von 1 Mk. täglich für Nachtarbeit 10 Pf. Zuschlag die Stunde; ferner die Arbeiterinnen Sonnabends um 4 Uhr Feierabend unter voller Bezahlung.

